

Journal

für Konflikt- und Gewaltforschung
Journal of Conflict and Violence Research

Band 1 · Heft 1 · 1999 · S. 40-55

Helmut Schröder
Anke Testrot

Lokale Problemkumulation und
nationale Integrationspolitik

Cumulation of Local Problems and National Integration Policy

Abstract

Against the background of a cumulation of local problems, the analysis focuses on different attitudes among the majority population concerning the integration of Turks as well as the repercussions these attitudes have for the acceptance of a national integration policy. Based on a survey conducted in Duisburg, Wuppertal and Münster the authors want to show that the readiness on the part of the German majority to integrate the Turkish minority correlates negatively with the rise of local problems. This result means that a comprehensive national integration policy must go beyond the naturalization of people of Turkish origin. What is needed is a combination of the integration of minorities with that of parts of the majority population.

Lizenz

Dieser Artikel wird vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld mit Genehmigung der Autorin/des Autors veröffentlicht. Er steht unter einer Creative-Commons-Attribution-No-Derivative-Works-Lizenz (CC-by-nd). Es gilt der Lizenztext unter <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/de/legalcode>.

Lokale Problemkumulation und nationale Integrationspolitik

1. Problemaufriss

Im Rahmen des Projektes „Ethnisch-kulturelle Konfliktpotentiale in der Wahrnehmung von städtischer Aufnahme- und Einwanderergesellschaft“¹ konnten wir feststellen, dass konfliktträchtige Einstellungen von Deutschen gegenüber ihren türkischen Mitbürgern, die das interethnische Zusammenleben im öffentlichen Raum betreffen, nach Stadt und Stadtteilen variieren. Solche Einstellungen zeigen sich insbesondere, wenn das lokale Umfeld überproportional durch strukturell ungünstige Rahmenbedingungen sowie durch eine hohe ethnische Konzentration geprägt ist und auch subjektiv von den Bewohnern eine erhöhte Problemkumulation wahrgenommen wird (vgl. Schröder u. a. 2000). Dies hat Folgen. Je größer die Integrationsprobleme von Angehörigen der Mehrheit, desto stärker ist auch der Grad der Ethnisierung sozialer Probleme

An dieser Stelle interessiert uns, ob sich eine entsprechende sozialräumliche Variation auch zeigt, wenn es, wie bei der Einbürgerung von Ausländern, um ein Thema geht, das auf den ersten Blick unabhängig von stadt- und stadtteilspezifischen Besonderheiten zu sein scheint und von politischen Eliten und weiten Teilen der politisch interessierten Öffentlichkeit als besondere Maßnahme einer nationalen Integrationspolitik gesehen wird.

Nach jahrelangen Debatten und den zugespitzten Auseinandersetzungen nach dem Regierungswechsel stehen die verschiedenen Standpunkte zur Einbürgerung von Ausländern in Deutschland noch immer unversöhnlich im Raum. So wird die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft von den einen als Voraussetzung für Integration, von den anderen als deren End-

punkt betrachtet (vgl. Überblick 1999). Damit verkoppeln lassen sich die Fragen, inwieweit die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes als „Königsweg“ der Integration gilt bzw. tatsächlich den Start einer neuen Integrationspolitik der Gesamtgesellschaft bilden kann oder – mit Blick auf das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit in gemeinsam geteilten Räumen – diese neue Integrationspolitik geradezu erst herausfordert, insbesondere dort, wo der ethnisch-kulturell vielfältige Alltag gelebt wird.

Vor diesem Hintergrund stellen wir die Frage der Einbürgerung in einen weiteren Kontext. Wir gehen davon aus, dass mit der Kumulation von Problemlagen auf *lokaler* Ebene auch die Bereitschaft zur politisch-rechtlichen Integration von Ausländern abnimmt und dementsprechend die Präferenz für die doppelte Staatsbürgerschaft geringer, die für die „nur deutsche“ und „nur türkische“ Staatsbürgerschaft höher ausfällt. Gleichzeitig fragen wir auch danach, inwieweit die Einstellung zur politisch-rechtlichen Integration mit kulturellen, sozialen und politischen Aspekten von Integration zusammenhängt und ob auch bei diesen Aspekten von Integration davon ausgegangen werden kann, dass mit der Zunahme lokaler Probleme eine Abnahme der Bereitschaft zur rechtlichen Gleichstellung und außerdem eine Zunahme des Assimilationsdrucks im Sinne der Anpassung von Lebensweisen etc. verbunden ist. Insgesamt wollen wir anhand der Ergebnisse aufzeigen, welche Konsequenzen daraus für eine *doppelte* Integrationspolitik für Mehrheit und Minderheit in gemeinsam geteilten Sozialräumen zu ziehen sind.

Um dies zu klären, haben wir das Ausmaß der lokalen Problemkumulation über die Auswahl der drei Untersuchungsstädte Duisburg, Wuppertal und Münster erfasst. Duisburg ist ein wirtschaftlich erodierendes, Wuppertal ein stagnierendes und Münster ein prosperierendes Stadtgebiet. Die drei Städte unterscheiden sich in ihrer ökonomischen Chancenstruktur und in der Verfügung über kommunale Finanzspielräume und haben in unterschiedlichem Ausmaß mit Arbeitslosigkeit sowie ihren sozialen Folgeproblemen zu kämpfen. So betrug die Arbeitslosenquote im September 1998 in Duisburg 15,8%, in Wuppertal 10,7% und in Münster 9,4% (vgl. LDS 1998). Außerdem weisen sie hinsichtlich

¹ Das Projekt wurde durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

ihres Ausländeranteils und ihrer ethnisch-kulturellen Zusammensetzung eine höchst unterschiedliche Struktur auf. Ausgewählte statistische Daten aus der jeweiligen kommunalen Einwohnerstatistik zeigen, dass mit Stand vom 31.12.1996 der Ausländeranteil in Duisburg 16,6% betrug, in Wuppertal 14,4% und in Münster 7,2%. Der Anteil der Personen mit türkischer Staatsbürgerschaft an allen Ausländern betrug zur gleichen Zeit in Duisburg 59,9%, in Wuppertal 29,5% und in Münster 11,2%². Darüber hinaus zeigen unsere Analysen im Rahmen unserer laufenden Projektarbeiten, dass in Duisburg auch die subjektive Bewertung des lokalen Nahraums z. B. im Hinblick auf die Bewertung der lokalen Politik oder des inter-ethnischen Zusammenlebens deutlich negativer als in Wuppertal oder Münster ausfällt.

Als Datenbasis diente eine im Zeitraum von November 1997 bis April 1998 durchgeführte Erhebung, die auf Konfliktpotentiale zwischen deutschen und türkischen Bewohnern von Stadtteilen und hier vorhandene Integrationsprobleme in den drei Städten Duisburg, Wuppertal und Münster ausgerichtet war. Die Untersuchungsstädte und Stadtteile wurden so ausgewählt, dass sie sich sowohl hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Belastung als auch hinsichtlich des Anteils an Bewohnern ausländischer und insbesondere türkischer Herkunft unterschieden. Nach der Auswahl der insgesamt 14 Untersuchungseinheiten in den drei Städten mit Hilfe kleinräumiger sozialstatistischer Basisdaten erfolgte in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der jeweiligen Kommunen die Stichprobenziehung anhand einer geschichteten Wahrscheinlichkeitsauswahl. Insgesamt wurden 929 Personen deutscher und 777 Personen türkischer Herkunft im Alter von 16 und mehr Jahren mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens mündlich interviewt.

· Eigene Berechnungen

2. Lokale Problemkumulation und Einstellungen zur Integration von Personen türkischer Herkunft

Bevor wir die Einstellung der deutschen Befragten zur Einbürgerung von Personen türkischer Herkunft näher betrachten, wollen wir zunächst auf den Wunsch von Türken hinsichtlich ihrer eigenen Einbürgerung eingehen. Laut unserer Erhebung wünschen sich über 80% die doppelte Staatsbürgerschaft, lediglich 12% wollen weiterhin ausschließlich die türkische Staatsbürgerschaft beibehalten. Und sogar unter denjenigen, die bereits die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen (7% der befragten Personen türkischer Herkunft), befürworten mit 95% fast alle die doppelte Staatsbürgerschaft, nur gut 5% sprechen sich für die „nur deutsche“ Staatsbürgerschaft aus. Der Wunsch nach der deutschen Staatsbürgerschaft unter Beibehaltung der bisherigen ist also unter den Migranten türkischer Herkunft sehr weit verbreitet, aber sind die deutschen Bürger auch bereit, ihnen diese zuzugestehen? Die Deutschen unserer Erhebung wurden gefragt: „Was würden Sie persönlich für schon länger in Deutschland lebende Ausländer befürworten – nur die türkische Staatsbürgerschaft, die doppelte Staatsbürgerschaft oder nur die deutsche Staatsbürgerschaft?“ Mit 51,1% spricht sich immerhin die Mehrheit der deutschen Befragten für die doppelte Staatsbürgerschaft aus, 26,4% halten die „nur deutsche“ Staatsbürgerschaft für angemessen, lediglich 14,1% sind dafür, dass auch Türken, die schon länger in Deutschland leben, die „nur türkische“ Staatsbürgerschaft beibehalten sollen, und 8,4% machten keine Angabe zu dieser Frage.³ Betrachten wir nun das Antwortverhalten der Befragten in den drei Untersu-

³ In einer Studie, die EMNID im Auftrag des Spiegels (2/1999) durchführte, wurden rund 1000 Wahlberechtigte gefragt: „Sind Sie für oder gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft?“. Positiv äußerten sich 39%, negativ 53%, und 5% war es egal. Ergänzt werden muss allerdings, dass lediglich 65% der Befragten in der Lage waren, den Begriff „doppelte Staatsbürgerschaft für in Deutschland lebende Ausländer“ richtig zu definieren. Trotz der prinzipiellen Nichtvergleichbarkeit der beiden Befragungsergebnisse (andere Frageformulierung, andere Antwortkategorien) und obwohl es in unserer Befragung speziell um die Staatsbürgerschaft von türkischen Bewohnern geht, deren Sympathiewerte gegenüber denen von EU-Ausländern geringer sind, scheinen die Unterschiede ein deutlicher Beleg für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Eliten zu sein.

chungsstädten, so zeigen sich signifikante Unterschiede (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Befürwortete Staatsbürgerschaft nach Städten (Angaben in Prozent)

	Duisburg	Wuppertal	Münster
Nur die türkische	17,7	14,8	13,2
Die doppelte	40,5	59,0	70,7
Nur die deutsche	41,8	26,1	16,1
N	299	310	242

Auffällig ist, dass sich in allen drei Städten nur etwa 15% für die „nur türkische“ Staatsangehörigkeit aussprechen. Größere Stadtunterschiede zeigen sich allerdings bei der Zustimmung zur doppelten bzw. zur „nur deutschen“ Staatsbürgerschaft. So befürworten die doppelte Staatsbürgerschaft in Duisburg gut 40%, in Münster aber über 70%, die Wuppertaler nehmen mit knapp 60% einen mittleren Platz ein. Komplementär entscheiden sich die Duisburger Befragten in wesentlich höherem Maße für die „nur deutsche“ Staatsangehörigkeit für lange in Deutschland lebende Personen türkischer Herkunft als Wuppertaler und Münsteraner Befragte. Diese Differenzen zwischen den Städten dürfen allerdings nur mit Vorsicht als Stadteffekte bzw. als Ausdruck unterschiedlicher lokaler Problemlagen interpretiert werden. Eine andere mögliche Erklärung wäre, dass in den drei Städten Personen mit verschiedenen Merkmalen befragt wurden, die ihrerseits Einfluß auf Einstellungen zu Personen türkischer Herkunft allgemein und zur doppelten Staatsbürgerschaft im besonderen haben.⁴ Hierzu zählen insbesondere soziodemographische Merkmale der Befragten. So ist aus zahlreichen

⁴ Bereits nach der Untersuchungsanlage sind die drei Untersuchungsstädte sehr unterschiedlich. Insbesondere unterscheiden sie sich hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Belastung, aber auch nach der Zusammensetzung der Bevölkerung. Darüber hinaus können zwar die von uns gezogenen Stichproben als repräsentativ für die jeweiligen Stadtteile gelten, repräsentativ für die jeweilige Gesamtstadt sind diese jedoch nicht.

empirischen Untersuchungen bekannt, dass z. B. Bildung einen beträchtlichen Effekt hat auf die Äußerung ausländerfeindlicher Einstellungen (vgl. Mielke 1995)⁵ oder auch rechtsextremistisch orientierter Gewalthandlungen (vgl. Müller 1997, 46). Unsere eigenen Berechnungen zur Staatsbürgerschaft zeigen, dass mit zunehmendem Alter die Befürwortung der doppelten Staatsbürgerschaft abnimmt und dass auch die Befürwortung der „nur türkischen“, der doppelten oder der „nur deutschen“ Staatsbürgerschaft erheblich mit dem Bildungsgrad⁶ der Befragten variiert. So wird z. B. die doppelte Staatsbürgerschaft von Personen mit hohem Bildungsniveau deutlich stärker präferiert als von Personen mit niedrigem Bildungsniveau. Darüber hinaus zeigen sich größere Unterschiede bei der Befürwortung der „nur türkischen“ Staatsangehörigkeit. Unter den Befragten mit niedrigerem Bildungsniveau befürwortet ein knappes Viertel die Beibehaltung der türkischen Staatsangehörigkeit, unter denen mit höherem sind dies nur knapp 10%. Um zu prüfen, ob es sich bei den oben dargestellten Unterschieden hinsichtlich der befürworteten Form der Einbürgerung („nur deutsche“ Staatsbürgerschaft, doppelte Staatsbürgerschaft) zwischen Duisburg auf der einen, Wuppertal und Münster auf der anderen Seite (vgl. Tab. 1), nicht lediglich um einen Scheineffekt handelt, der durch soziodemographische Merkmale bedingt ist, wurden mit Hilfe einer logistischen Regression die Effekte von Geschlecht, Alter, schulischer und beruflicher Bildung sowie des sozioökonomischen Status berücksichtigt. Die Berechnungen ergaben, dass die deutlichen Unterschiede zwischen Duisburg und Wuppertal bzw. Münster bestehen bleiben. Exemplarisch haben wir dies in Tabelle 2 am Beispiel der schulischen Bildung dargestellt. Der Grad der schulischen Bildung hat nicht nur einen erheblichen Einfluß auf die Präferenz der be-

⁵ Dabei ist allerdings nicht geklärt, wie sich der Bildungseffekt auswirkt, ob höher Gebildete tatsächlich toleranter und offener gegenüber Ausländern eingestellt sind oder ob sie lediglich stärker sozial erwünscht reagieren.

⁶ Der Bildungsgrad wurde dabei über die erreichte schulische Bildung ermittelt: Ein niedriger Bildungsgrad liegt vor, wenn der Befragte keinen Schulabschluß oder den Hauptschulabschluß hat, der Realschulabschluß bzw. die Mittlere Reife gilt als mittlerer und die (Fach-)Hochschulreife als hoher Bildungsgrad.

fürworteten Form der Staatsbürgerschaft, sondern in Münster als einer prosperierenden Universitäts- und Dienstleistungsstadt leben bekanntlich zu einem höheren Anteil gut gebildete Personen als in Duisburg, einer sozio-ökonomisch hoch belasteten Arbeiterstadt.

Tabelle 2.: Befürwortete Staatsbürgerschaft nach Städten und schulischem Bildungsniveau (Angaben in Prozent)

	Duisburg	Wuppertal	Münster
Niedriger Bildungsgrad			
Nur die türkische	25,0	24,5	24,3
Die doppelte	25,0	39,2	45,9
Nur die deutsche	50,0	36,3	29,7
N	112	102	37
Mittlerer Bildungsgrad			
Nur die türkische	17,7	12,8	12,5
Die doppelte	41,9	66,3	70,8
Nur die deutsche	40,3	20,9	16,7
N	62	86	48
Hoher Bildungsgrad			
Nur die türkische	8,7	8,2	11,6
Die doppelte	53,4	71,8	76,2
Nur die deutsche	37,9	20,0	12,2
N	103	110	147

Tabelle 2 macht deutlich, dass auch unter Kontrolle der Bildung das Antwortverhalten der Befragten der drei Städte hinsichtlich der doppelten Staatsbürgerschaft so variiert, dass die Duisburger Befragten diese auch unabhängig von ihrem Bildungsniveau zu einem geringeren Prozentsatz befürworten als die Wuppertaler und insbesondere die Münsteraner Befragten. Andererseits wird auch der Bildungseffekt deutlich: Unter Kontrolle der Bildung nähert sich das Antwortverhalten der Wuppertaler Befragten dem der Münsteraner an. Damit verstärkt sich gleichzeitig die Differenz zwischen Duisburger und Wuppertaler Befragten.

Das zentrale Ergebnis ist, dass jenseits individueller sozialstruktureller Merkmale deutliche Stadtunterschiede vorhanden sind, der jeweilige städtische Kontext durchaus einen Einfluß darauf zu haben scheint, ob sich deutsche Bewohner für die „nur türkische“, die „nur deutsche“ oder die doppelte Staatsbürgerschaft für Personen türkischer Herkunft aussprechen.

Um zu klären, ob hinter der Präferenz für eine bestimmte Form der Staatsbürgerschaft auch ein unterschiedliches Verständnis von Integration (in einem weiteren Sinne) lagert, werden wir die Einstellungen zur Staatsbürgerschaft im Zusammenhang mit Einstellungen zu kulturellen, strukturellen und politischen Aspekten von Integration betrachten (Tab. 3). Darüber hinaus werden wir prüfen, ob Zustimmungen zu diesen Items, die eher auf eine mangelnde Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft schließen lassen, Minderheiten zu integrieren, ebenfalls mit der Höhe der lokalen Problemkumulation zunehmen (vgl. Tab. 4).

Dazu haben wir die Antworten unserer Befragten zu drei der sogenannten „Gastarbeiter-Fragen“ des ALLBUS analysiert (vgl. z. B. ZA 1996). Das Statement zur Anpassung des Lebensstils bezieht sich auf den kulturellen, das zur Forderung nach Remigration von Ausländern bei ökonomisch ungünstigen Rahmenbedingungen auf den strukturellen und das zum Verbot der Einflussnahme von Ausländern auf die deutsche Gesellschaft auf den politischen Aspekt der Integration von Ausländern.

Unsere Analysen zeigen, dass eine rechtlich-politische Integration über die Einbürgerung nicht unabhängig von kulturellen, strukturellen und politischen Integrationsaspekten betrachtet werden darf.

Tabelle 3: Einstellungen zur kulturellen, strukturellen und politischen Integration⁷ nach Staatsbürgerschaftspräferenz (Angaben in Prozent)

		Nur die türkische	Die doppelte	Nur die deutsche
Die in Deutschland lebenden Ausländern sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.	Stimme nicht zu	6,2	28,2	6,6
	Unentschieden	39,2	59,6	53,1
	Stimme zu	54,6	12,2	40,2
	N	130	468	241
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	Stimme nicht zu	28,6	76,9	56,2
	Unentschieden	39,7	20,9	32,3
	Stimme zu	31,7	2,1	11,5
	N	126	468	235
Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.	Stimme nicht zu	21,3	78,0	43,9
	Unentschieden	37,8	18,4	33,5
	Stimme zu	40,9	3,6	22,6
	N	127	468	239

Es zeigt sich, dass die Personen, die für die doppelte Staatsbürgerschaft sind, durchweg zu einem wesentlich geringeren Anteil Assimilationsdruck in Form der Forderung nach Anpassung an den deutschen Lebensstil ausüben als Personen, die für die „nur deutsche“ und insbesondere die „nur türkische“ Staatsbürgerschaft plädieren. Hierin zeigt sich komplementär eine größere Toleranz der Befürworter der doppelten Staatsbürgerschaft ge-

⁷ Diese Statements konnten anhand einer 7er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu bis 7 = stimme voll zu) beantwortet werden. Die Skalenausprägungen wurden wie folgt zusammengefasst: 1, 2 = stimme nicht zu, 3, 4, 5 = unentschieden; 6, 7 = stimme zu.

genüber der kulturellen Differenz von Minderheiten, die aber auch in Stadtteilen mit niedriger Problemkumulation leben. Zudem gibt es unter diesen nur einen sehr geringen Anteil, der meint, dass Ausländer bei Arbeitsplatzmangel ins Heimatland zurückgeschickt werden sollten oder dass ihnen politische Betätigung in Deutschland völlig untersagt werden sollte. Demgegenüber fordert die Mehrheit der die „nur türkische“ Staatsangehörigkeit befürwortenden Personen eine Anpassung an den deutschen Lebensstil, fast ein Drittel dieser stimmt sogar der Forderung zu, Ausländer ins Heimatland zurückzuschicken, wenn Arbeitsplätze knapp werden, und mehr als 40% sprechen sich gegen jegliche politische Betätigung von Ausländern in Deutschland aus. Damit erklären diese Personen implizit auch, warum sie gegen die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland sind: Nur solange die hier lebenden Personen ausländischer Herkunft auch politisch-rechtlich keine gleichberechtigten Mitbürger darstellen, können sie auch entsprechend ungleich behandelt werden. Nach ihrer etwaigen Einbürgerung wären sie vor dem Gesetz auch Deutsche, denen ein Arbeitsplatz oder eine politische Betätigung nicht vorenthalten werden kann.

Diese Zusammenhänge zeigen, dass hinter einer bestimmten gewünschten Form der Einbürgerung weiterreichende allgemeine Einstellungen zur Integration von Ausländern lagern. Entsprechend variieren auch diese nach der in unseren Untersuchungsstädten vorhandenen Problemkumulation (vgl. Tab. 4)

Insbesondere der Anteil an befragten Deutschen, der einer Anpassungsforderung an den deutschen Lebensstil zustimmt, ist in Duisburg wesentlich höher als in Münster, aber auch als in Wuppertal. Auffällig ist zudem, dass gerade in Münster die Statements, dass Ausländer in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden, oder dass man ihnen jede politische Betätigung untersagen sollte, jeweils von über drei Vierteln abgelehnt wird. Kontrolliert man wiederum das Bildungsniveau der Befragten, so lässt sich auch hier erkennen, dass sich auf niedrigem, aber auch auf hohem Bildungsniveau das Antwortverhalten der Wuppertaler Befragten bzgl. aller drei Fragen dem der Münsteraner annähert, d. h. Unter-

schiede vor allem zwischen Duisburg und den anderen beiden Untersuchungsstädten bestehen.

Tabelle 4: Einstellungen zur kulturellen, strukturellen und politischen Integration⁸ nach Staatsbürgerschaftspräferenz (Angaben in Prozent)

		Duisburg	Wuppertal	Münster
Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.	Stimme nicht zu	12,9	20,1	23,0
	Unentschieden	48,7	55,6	61,7
	Stimme zu	38,4	24,3	15,3
	N	318	333	261
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	Stimme nicht zu	56,5	60,4	75,7
	Unentschieden	31,5	31,3	19,3
	Stimme zu	12,0	8,4	5,0
	N	317	323	259
Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.	Stimme nicht zu	45,4	58,7	77,4
	Unentschieden	32,8	28,1	16,9
	Stimme zu	21,8	13,1	5,7
	N	317	327	261

Um die bisherigen Analysen zu komprimieren, wird abschließend ein Städtevergleich nach extremen Positionen bezogen auf die Integrationsbereitschaft von Deutschen vorgenommen. Dazu wurden folgende Extremgruppen gebildet: Die Gruppe derjeni-

⁸ Diese Statements konnten anhand einer 7er-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu bis 7 = stimme voll zu) beantwortet werden. Die Skalenausprägungen wurden wie folgt zusammengefaßt: 1, 2 = stimme nicht zu, 3, 4, 5 = unentschieden; 6, 7 = stimme zu.

gen, die für die Beibehaltung der „nur türkischen“ Staatsbürgerschaft von auch schon lange in Deutschland lebende Personen türkischer Herkunft plädieren und in hohem Maße deren Anpassung an den „deutschen Lebensstil“ fordern. Hierin zeigt sich die Verweigerung der politisch-rechtlichen Integration bei gleichzeitig starkem Assimilationsdruck. Die zweite Extremgruppe besteht aus jenen, die die „nur deutsche“ Staatsbürgerschaft befürworten bei gleichzeitiger Assimilation, was bedeutet, dass diese deutschen Befragten bereit sind, Personen türkischer Herkunft als politisch-rechtlich gleichberechtigte Bürger anzuerkennen, wenn sie sich sowohl von ihren Rechten und Pflichten als Türken als auch von ihrem ethnisch-kulturellen Hintergrund entfernen. Diesen beiden Anpassung fordernden Gruppen steht die Gruppe der Personen gegenüber, die den Türken mit der doppelten Staatsbürgerschaft Rechte und Pflichten sowohl als Deutsche als auch als Türken zuzubilligen und der Anpassungsforderung an den deutschen Lebensstil nicht zustimmen.

Tabelle 5: Extremgruppen in den Städten (Angaben in Prozent*)

	Duisburg	Wuppertal	Münster
Nur türkische Staatsbürgerschaft und Anpassungsforderung	11,9	6,2	7,1
Nur deutsche Staatsbürgerschaft und Anpassungsforderung	19,7	10,5	2,9
Doppelte Staatsbürgerschaft und keine Anpassungsforderungen	9,2	17,3	21,8
N	294	306	239

* Die an 100% fehlenden Werte in den jeweiligen Spalten sind sonstige Kombinationen

Zunächst einmal läßt sich sagen, dass die in Tabelle 5 aufgeführten Extrempositionen bei nur etwa einem Drittel aller Befragten zu finden sind. Darüber hinaus kann festgestellt werden, dass die Duisburger Befragten überdurchschnittlich für Anpassung an den deutschen Lebensstil in Kombination mit der Befürwortung

der „nur türkischen“ und insbesondere der „nur deutschen“ Staatsbürgerschaft plädieren. Demgegenüber überwiegt in Wuppertal, aber insbesondere in Münster die Gruppe der „Toleranten“, die die Einbürgerung auch ohne Anpassung gewähren würden.

3. Fazit

Insgesamt machen die Analysen deutlich, dass auch die Frage zur Form der Einbürgerung von Migranten sowie weiterreichende Formen der Integration nicht unabhängig vom sozialräumlichen Kontext gedacht werden kann. Also nicht nur bei Fragen, die stadt- und stadtteilspezifische Relevanz besitzen, scheinen räumliche Ausgangsparameter Einfluß zu besitzen, sondern selbst bei allgemeineren Fragen wie der zur politisch-rechtlichen Integration finden wir erhebliche lokale Variationen. So haben strukturelle Rahmenbedingungen von Städten mitsamt der sozialstrukturellen Belastung und der ethnisch-kulturellen Zusammensetzung der Bewohnerschaft einen Einfluß auf die Integrationsbereitschaft der deutschen Bewohner.

Der Stadtvergleich zeigte zwar zunächst, dass die allgemeine Bereitschaft zur politisch-rechtlichen Integration von Türken in allen drei Untersuchungsstädten mit ca. 80% etwa gleich groß ist. Damit konnte ein Teil unserer Ausgangshypothese nicht bestätigt werden. Die generelle Verweigerung der deutschen Staatsbürgerschaft („nur deutsche“ und doppelte) und im Gegenzug die Befürwortung der „nur türkischen“ Staatsbürgerschaft variiert nicht signifikant zwischen den drei Untersuchungsstädten und ihrer je unterschiedlichen Problemkumulation. Allerdings unterscheiden sich die Bewohner der drei Städte erheblich hinsichtlich der befürworteten Form der Einbürgerung. Zur Erinnerung: In Duisburg votieren jeweils etwa 40% für die „nur deutsche“ bzw. für die doppelte Staatsbürgerschaft, in Wuppertal und Münster stehen ca. 60% bzw. 70% Befürworter der doppelten Staatsbürgerschaft 25% bzw. 15% Befragten gegenüber, die sich für eine „nur deutsche“ Staatsbürgerschaft aussprechen.

Insbesondere in Duisburg ist also der Anteil der Personen, die

zwar für die Einbürgerung von schon lange in Deutschland lebenden Türken sind, aber nur unter dem Vorbehalt, dass diese ihre Herkunftsstaatsbürgerschaft abgeben, besonders hoch. Im Gegensatz zu Wuppertal und vor allem zu Münster scheint hier ein wesentlich höherer Assimilationsdruck zu bestehen, was sich auch in hohen Anteilen bzgl. der Forderung nach Anpassung an den deutschen Lebensstil zeigt. Damit wird eine vollständige Entscheidung für Deutschland verlangt. Wir gehen davon aus, dass insbesondere in Duisburg die ethnische Konzentration vor dem Hintergrund der lokalen Problemkumulation zu negativ erlebter Konkurrenz und Differenz führt. Gerade unter dem Gesichtspunkt zunehmender Gleichheit, z. B. durch das Wegbrechen einer ehemals stabilen (ethnischen) Unterschichtung, scheinen insbesondere die Personen eher mit Abwehr, Ausgrenzung und Diskriminierung zu reagieren, die von den dadurch beschleunigten Konkurrenzen (z. B. auf dem Arbeitsmarkt) besonders betroffen sind. Hier scheint die These Essers (1996, 75) Bestätigung zu finden, dass zunehmende Gleichheit auch zu mehr Konflikten führen kann.

Insgesamt mündet diese Konstellation über einen erhöhten Assimilationsdruck in geringere allgemeine Integrationsbereitschaft, auch wenn grundsätzlich bei weiten Teilen der Bevölkerung eine politisch-rechtliche Integrationsbereitschaft vorhanden ist.

Will Politik dem Ziel einer „gelungenen“ Integration von Minderheiten ein Stück näher kommen, reicht die bloße Verleihung staatsbürgerlicher Rechte bei weitem nicht aus. Sie ist auch gefordert, die Bedingungen, die auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft einer Integrationsbereitschaft und Akzeptanz kultureller Differenz gegenüberstehen, abzubauen.

Nun steht jede Integrationspolitik vor einem schwerwiegenden Dilemma. Fördert sie Gleichheit (u. a. über die Einbürgerung von Migranten), dann steigert das die Konkurrenz und unter Umständen bei bestimmten Bevölkerungsgruppen in schwierigen sozialen Lagen die Integrationsabwehr. Fördert sie andererseits die Ungleichheit durch eine verweigerte oder erschwerte Einbürgerung, kann dies zu Abschottungen und Rückzug von Teilen der

Migranten führen. In beiden Fällen dürften die Intergruppenbeziehungen leiden, wobei die Mehrheitsbevölkerung immer am „längeren Machthebel“ sitzt. Dieses Dilemma ist kaum auflösbar, wird aber u. E. ver- oder entschärft durch die Ent- oder Verkopplung der nationalen Integrationspolitik mit der Analyse lokaler Problemlagen. Im Sinne der Entkopplung wird die nationale Integrationspolitik als Sektorpolitik isoliert betrieben und soll mehr oder weniger offen als Lokomotive dienen, die alle anderen Integrationsansätze mit sich zieht. Dieses Modell ist auf Dauer zum Scheitern verurteilt.

Deshalb muß mehr denn je an einer Verkopplung gearbeitet werden. Danach müssten die möglichen negativen Auswirkungen nationaler Integrationspolitik aufgefangen werden, indem gerade in hochbelasteten Städten und Stadtteilen verstärkt eine *doppelte* Integrationspolitik betrieben wird. Neben der Integration von Minderheiten bedarf es auch einer Integration von Teilen der Mehrheit, deren Integration zwar rechtlich außer Frage steht, bei denen aber ein Mangel an individuell-funktionaler Systemintegration, kommunikativ-interaktiver und/oder kulturell-expressiver Sozialintegration (vgl. die Integrationskonzeption in Anhut/Heitmeyer 2000) zu Abwehr- bzw. Diskriminierungshaltungen führen kann und die selbst, z. B. aufgrund ihrer sozialen Lage, aus dem interethnischen Zusammenleben nicht „flüchten“ können oder aus identifikatorischen Heimatgefühlen nicht fliehen wollen.

Literatur

- Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaften. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München: Juventa (im Erscheinen)
- Esser, Hartmut (1996): Ethnische Konflikte als Auseinandersetzung um den Wert von kulturellem Kapital, in: Wilhelm Heitmeyer/Rainer Dollase (Hrsg.): Die bedrängte Toleranz. Frankfurt a. M., S. 64–99
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS) (1998): Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Mielke, Rosemarie (1995): Der Bildungsgrad und die Einstellung gegenüber Ausländern. Bielefelder Arbeiten zur Sozialpsychologie 173, Bielefeld
- Müller, Joachim (1997): Täterprofile: Hintergründe rechtsextremistisch orientierter Gewalt. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag

- Schröder, Helmut/Conrads, Jutta/Testrot, Anke/Ulbrich-Herrmann, Matthias (2000): Desintegration und Konflikt. In: Reimund Anhut/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaften. Weinheim/München: Juventa (im Erscheinen)
- Spiegel Nr. 2 1999: Wer darf Deutscher werden? – Operation Doppelpaß. Überblick – Zeitschrift der Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechts- extremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen (IDA), Doppelnnummer 2.1999, 5. Jg., 9. April 1999, Düsseldorf
- Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA) (Hrsg.) (1996): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 1996. Codebuch ZA-Nr. 2800

Anschrift des Verfassers bzw. der Verfasserin:

Dr. Helmut Schröder, Dipl.-Soz. Anke Testrot, Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Postfach 100131, 33501 Bielefeld

Inhalt

Editorial

Hartmut Esser Inklusion, Integration und ethnische Schichtung	5
Themenschwerpunkt: Soziale und ethnisierte Konflikte in Städten	35
Helmut Schröder, Anke Testrot Lokale Problemkumulation und nationale Integrationspolitik	40
Rainer Dollase, Arnd Ridder, Ariel Bieler, Ina Köhnemann, Katharina Woitowitz Sind hohe Anteile ausländischer Schülerinnen in Schulklassen problematisch?	56
Joachim Müller Sozialräumliche Aspekte von Gewalt mit ethnisch-kulturellem Hintergrund	84
Heike Hanhörster Wohnungspolitik und Segregationsprozesse: Fallstudie Duisburg-Marxloh	97
Summaries	118
Forschungsnetzwerk „Ethnisch-kulturelle Konflikte, Rechtsextremismus und Gewalt“	121
Projektvorstellung Ulrike Pörnbacher Ethnisierung von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit – Prozesse der Aneignung als Ausdruck von Konfliktstrukturen in der multikulturellen Gesellschaft	121

Editorial

Der Vorstand sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung freuen sich, Ihnen hiermit das neue „Journal für Konflikt- und Gewaltforschung“ (JKG) vorstellen zu können. Das Journal ist hervorgegangen aus dem „Newsletter zum Forschungsnetzwerk für ethnisch-kulturelle Konflikte, Rechtsextremismus und Gewalt“, der seit 1994 erschienen ist. In dem neuen Zeitschriftenformat sollen stärker als bisher theoretische und empirische Beiträge zur Konflikt- und Gewaltforschung aufgenommen werden.

Die thematische Ausrichtung des Forschungsjournals ist weit gespannt. Es sollen nicht nur solche destruktiven Konfliktformen angesprochen werden, die in offene Gewalt eskalieren können. Vielmehr gilt es, auch der möglichen produktiven Rolle von gesellschaftlichen Konflikten nachzugehen, die nach Auffassung namhafter Konfliktforscher für die Integration von modernen Gesellschaften von unersetzlicher Bedeutung sind. Der Titel des Journals steckt insofern ein Spannungsfeld ab, in dem ganz unterschiedliche Konstellationen des Verhältnisses von Konflikt und Gewalt zu Wort kommen können.

Gemäß der interdisziplinären Ausrichtung des Instituts versteht sich auch das Journal als ein Forum für den Austausch unterschiedlicher Forschungsdisziplinen, beispielsweise von Politikwissenschaft, Geschichte, Rechtswissenschaft, Psychologie, politischer Philosophie, Ethnologie, Soziologie und Erziehungswissenschaft. Der Schwerpunkt wird gleichwohl bei den empirischen Sozialwissenschaften liegen.

Beim Aufbau und bei der Weiterentwicklung des Journals sind wir auf aktive Mitwirkung und kritische Anregungen angewiesen. Beiträge (Theoriebeiträge, empirische Artikel, Projektvorstellungen, Berichte über Forschungsergebnisse und Rezensionen) sind stets willkommen und werden sorgfältig geprüft. Erfreulicherweise haben sich schon in der Aufbauphase des Journals einige ausgewiesene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bereitgefunden, als Mitglieder eines wissenschaftlichen Beirats zu fungieren, der die Arbeit der Redaktion kritisch begleiten wird. Ihnen gilt unser besonderer Dank.

Die Redaktion

Impressum

Journal für Konflikt- und Gewaltforschung (JKG), 1. Jg., Heft 1/1999
Journal of Conflict and Violence Research

Herausgeber:

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität
Bielefeld
(Vorstand: Günter Albrecht, Otto Backes, Rainer Dollase, Wilhelm Heitmeyer,
Kurt Salentin)

Wissenschaftlicher Beirat:

Jens Dangschat (Wien); Manuel Eisner (Zürich); Hartmut Esser (Mannheim); Friedrich Heckmann (Bamberg); Hans-Gerd Jaschke (Berlin); Wolfgang Kühnel (Berlin); Alf Lüdtke (Göttingen); Gertrud Nunner-Winkler (München); Karl F. Schumann (Bremen); Helmut Thome (Halle); Michael Vester (Hannover); Peter Waldmann (Augsburg)

Redaktion:

Heiner Bielefeldt; Wilhelm Heitmeyer; Joachim Müller; Kurt Salentin; Johannes Vossen (verantwortlich)

Koordination:

Johannes Vossen

Gestaltung:

Doris Voss, Audiovisuelles Zentrum der Universität Bielefeld

Gesamtherstellung:

Druckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

Anschrift der Redaktion:

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, Tel.: 0521/106-3163/3165; Fax: 0521/106-6415, E-Mail: ikg@uni-bielefeld.de

Erscheinungsweise:

Zweimal jährlich (15. April und 15. Oktober)

ISSN 1438-9444